

Dreißig Jahre Camp David: Separatfrieden mit ambivalenten Auswirkungen

Annette Büchs

Vor dreißig Jahren, am 26. März 1979, wurde der israelisch-ägyptische Friedensvertrag abgeschlossen. Dieser war aus dem Rahmenvertrag von Camp David vom 17. September 1978 hervorgegangen, der neben dem israelisch-ägyptischen Friedensschluss auch vorsah, umfassenden Frieden im Nahen Osten zu schaffen. Spannungen und Konflikte bis in die Gegenwart – wie jüngst der Gazakrieg – zeigen jedoch, dass es um solch einen umfassenden Frieden schlecht bestellt ist.

Analyse:

Camp David hat zu einem dauerhaften Frieden zwischen Ägypten und Israel geführt und damit auch dem jordanisch-israelischen Friedensschluss von 1994 den Weg bereitet. Den Kalten Krieg im Nahen Osten hat der Friedensvertrag bereits 1979 zu Gunsten der USA beendet. Folgende problematischen Ergebnisse sind gleichwohl bis heute bedeutsam:

- Ägypten tritt seit 1979 als Vermittler zwischen der arabisch-palästinensischen und der israelischen Seite auf, ist jedoch durch innen- wie außenpolitische Faktoren in seinen Möglichkeiten, dieser Rolle gerecht zu werden, erheblich beeinträchtigt. Seine gescheiterte Diplomatie im Kontext des Gazakrieges hat dies verdeutlicht.
- Camp David hat die Entwicklung eines israelisch-arabischen Friedens eher behindert als begünstigt. Das Abkommen führte mittelbar zur Bildung des Lagers „aufrechter Frontstaaten“ gegen Israel und zur syrisch-iranischen Allianz, die das Lager der Frontstaaten stärkt und innerarabische Spannungen erhöht.
- Auch für den israelisch-palästinensischen Friedensprozess hat sich Camp David als hinderlich herausgestellt. Der Separatfrieden trug zur Islamisierung des palästinensischen Nationalismus und zu einem erheblichen Machtzugewinn islamistischer Gruppierungen bei. Der territoriale Herrschaftskonflikt lädt sich somit zunehmend ideologisch auf.

Schlagwörter: Camp David, Israel, Ägypten, palästinensischer Nationalismus, Hamas

1. Einleitung

Am 26. März 1979 unterzeichneten der ägyptische Präsident Anwar El-Sadat und der israelische Ministerpräsident Menachem Begin unter der Vermittlung des US-Präsidenten Jimmy Carter den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag. Dieser verpflichtete – gemäß dem Prinzip „Land für Frieden“ – der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates – Ägypten und Israel im Austausch für Israels Rückzug aus dem 1967 von ihm besetzten Sinai zur gegenseitigen Anerkennung und zum friedlichen Austrag ihrer Differenzen. Der Friedensschluss war ebenso spektakulär – Ägypten war bis dato der mächtigste arabische Gegner Israels – wie folgenreich. Seine Auswirkungen auf die ägyptisch-arabischen, die israelisch-arabischen und die israelisch-palästinensischen Beziehungen sollen im Folgenden dargelegt werden. Dabei soll insbesondere auf die eingeschränkte Vermittlerrolle Ägyptens im Nahostkonflikt eingegangen werden.

2. Ägyptisch-arabische Beziehungen

2.1. Der Ausschluss Ägyptens aus der Arabischen Liga

Das Primat der Rückgewinnung der 1967 von Israel eroberten Gebiete in der Außenpolitik der arabischen Staaten führte dazu, dass sich das „arabische Kräftedreieck“ – bestehend aus Ägypten, Syrien und Saudi-Arabien – bildete und dass die Existenz Israels sukzessive von den arabischen Staaten akzeptiert wurde. Es kam somit zum graduellen Wandel des arabisch-israelischen Konfliktes vom „unbedingten zum bedingten Herrschaftskonflikt“ (Beck 2002: 207), und so setzte sich die Arabische Liga, unter Führung des Kräftedreiecks, nach dem Oktoberkrieg von 1973 zum Ziel, diesen Konflikt im Sinne der Formel „Land für Frieden“ der Resolution 242 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu regeln. Im Gegenzug zu Israels Rückzug aus allen im Sechstagekrieg besetzten Gebieten – Ägyptens Sinai, dem von Israel kontrollierten Gazastreifen, dem von Jordanien annektierten Westjordanland und Syriens Golan – sollten Israel die Anerkennung und die Sicherheit seiner Grenzen angeboten werden. Ägyptens Separatfrieden mit Israel minderte die Chancen jedoch erheblich, dieses Ziel zu erreichen. Nachdem Ägypten als Israels

stärkster Gegner aus dem israelisch-arabischen Machtgleichgewicht ausgeschieden war, bestand für Israel fortan nur noch ein geringer Anreiz, sich darauf einzulassen, den verbleibenden Konflikt mit Syrien zu regeln.

Camp David brüskierte die Arabische Liga auch in einer weiteren Hinsicht. Der Friedensvertrag von 1979 ging aus dem Rahmenvertrag von Camp David vom 17. September 1978 hervor. In diesem einigten sich Ägypten und Israel darauf, den Palästinensern im Gazastreifen und im Westjordanland im Sinne einer Übergangslösung „volle Autonomie“ einzuräumen und Verhandlungen über eine dauerhafte Regelung der Palästinafrage aufzunehmen. Der Rahmenvertrag stellte insofern einen Verstoß gegen die Politik der Arabischen Liga dar, als er die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), die die Arabische Liga 1974 zur einzig legitimen Repräsentantin des palästinensischen Volkes ernannt hatte, von diesen Verhandlungen ausschloss. Weiterhin einigten sich die Vertragsparteien lediglich auf die Gewährung „voller Autonomie“ – eine vage, dem Völkerrecht bis dato fremde Formulierung, die viel interpretativen Spielraum ließ –, während der von der PLO anvisierte souveräne palästinensische Staat außer Reichweite blieb. Schließlich trug auch das fehlende Junktim zwischen der Regelung der Palästinafrage und dem israelisch-ägyptischen Friedensschluss zur scharfen Kritik durch die palästinensisch-arabische Seite bei. Alles in allem galt der Friedensprozess von Camp David der Arabischen Liga schlichtweg als Verrat an der palästinensischen und an der gesamten arabischen Nation und bewirkte die unmittelbare Suspendierung der Mitgliedschaft Ägyptens.

2.2. Ägyptens Rolle als Vermittler im Nahostkonflikt

Seit seinem Ausschluss aus der Arabischen Liga suchte Ägypten seinen Friedensschluss mit Israel nachträglich zu legitimieren. Hierzu übernahm es die Rolle eines Vermittlers zwischen der arabisch-palästinensischen und der israelischen Seite, um zu einer diplomatischen Lösung des Nahostkonfliktes zu gelangen. Ägypten deutete seine *militärischen* Verpflichtungen gegenüber der arabischen Welt, die sich auf den militärischen Beistandspakt der Arabischen Liga von 1950 zurückführen ließen, somit in *politische* Verpflichtungen um (Krämer 1986: 175). Ägypten ist jedoch, nicht zuletzt als

Folge von Camp David, in der Ausübung dieser Rolle stark beeinträchtigt.

2.3. *Einschränkung durch außenpolitische Faktoren*

Die Koppelung der Einhaltung der Übereinkünfte von Camp David an massive US-amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe für Ägypten machte Ägypten – nach Israel – zum zweitgrößten Empfänger US-amerikanischer Hilfszahlungen im Vorderen Orient. Die Gewinnung Ägyptens, des bis dato bedeutendsten Verbündeten der UdSSR in der Region, für die US-amerikanische Seite entschied den Kalten Krieg im Nahen Osten zu Gunsten der USA und band Ägyptens Außenpolitik fortan an deren proisraelische Politik. Gleichzeitig war Ägypten jedoch darum bemüht, seine durch den Separatfrieden ausgelöste Isolierung in der arabischen Welt zu überwinden, die sich neben dem Ausschluss aus der Arabischen Liga und dem Abbruch diplomatischer Kontakte auch durch die Einstellung der Hilfszahlungen seitens der Ölstaaten, allen voran Saudi-Arabien, manifestierte. Hierzu sollten unter anderem die zur nachträglichen Legitimierung Camp Davids intendierten Vermittlungsversuche im Nahostkonflikt dienen. Im Rahmen seiner Unterstützung für den Irak in dessen achtjährigem Krieg mit Iran (1980-1988) gelang es Ägypten schließlich, sich in der arabischen Welt zu rehabilitieren und 1989 seine Wiederaufnahme in die Arabische Liga zu bewirken. Ägyptens Handlungsspielraum in der Außenpolitik ist somit seither durch seine Verpflichtungen gegenüber dem US-amerikanisch-israelischen Lager einerseits und dem arabisch-palästinensischen Lager andererseits eingeschränkt. Kairo laviert zwischen diesen beiden Positionen.

2.4. *Einschränkung durch innenpolitische Faktoren*

Darüber hinaus behindern auch innenpolitische Faktoren Ägyptens Vermittlungsversuche im Nahostkonflikt. Seit 1981 verfolgte Sadats Nachfolger, Mubarak, die Politik des „ausgeprägten Trialismus“ (Fürting 1993: 226) der islamischen Kräfte – bestehend aus staatstragendem Islam, moderater Muslimbruderschaft und militanten Islamisten. Im Kontext dieser Politik wurde die Muslimbruderschaft zeitweise als

Puffer zwischen Staatsislam und militantem Islam eingesetzt und somit erheblich gefördert. Dies trug dazu bei, dass sie zur bedeutendsten Opposition des Regimes avancierte (Springborg 1989; Fürting 2007).¹ Ein zentraler Bestandteil der Identitätspolitik der Muslimbruderschaft ist die Annahme einer Verschwörung des Westens und der mit ihm assoziierten zionistischen Kräfte gegen die islamischen Gesellschaften.

Der Friedensschluss mit Israel und die daraus resultierende Bindung an die proisraelische Politik der USA setzen das ägyptische Regime dementsprechend der scharfen – und sich zu Zeiten der Zuspitzung des Nahostkonfliktes intensivierenden – Kritik seitens seiner größten Opposition aus. Die Muslimbruderschaft bezichtigt das Regime der Mittäterschaft an der genannten Verschwörung gegen die islamische Welt und fordert zwar nicht zwangsweise die Aufkündigung des Friedensvertrages, wohl aber die Korrektur des proisraelischen außenpolitischen Kurses.² Diese Forderung wird nahezu vom gesamten oppositionellen Spektrum geteilt. Zuweilen wird auch verlangt, die ägyptischen Öllieferungen an Israel auszusetzen. Dem nachzukommen würde für das ägyptische Regime insofern ein Problem darstellen, als die Öllieferungen der bedeutendste Bestandteil der in Camp David anvisierten Politik der Normalisierung der bilateralen Beziehungen sind. Seit der israelischen Invasion des Libanon 1982 hat das ägyptische Regime die Austauschbeziehungen auf ein Minimum beschränkt. Neben den ägyptischen Öllieferungen und den im Nordsinai eingerichteten zollfreien Industrie- und Handelszonen bestehen zwischen den beiden Staaten kaum Handelsbeziehungen. Außerdem sind keine nennenswerten kulturellen oder wissenschaftlichen Kontakte vorhanden.

2.5. *Gescheiterte Diplomatie im Konflikt zwischen Israel und der Hamas*

Ägypten ist somit im Hinblick auf seine Politik gegenüber Israel starkem außen- wie innenpolitischen Druck ausgesetzt, der es ihm nur

1 Auch Sadats Politik, die Muslimbruderschaft als Bollwerk gegen seine linke und nasseristische Opposition heranzuziehen, hatte einen Beitrag dazu geleistet.

2 Am 6. Oktober 1981 wurde Anwar El-Sadat mit der Begründung, der Friedensschluss stelle einen Verrat an der islamischen Welt dar, von Mitgliedern der radikalislamistischen Gruppe Al-Jihad ermordet.

schwer ermöglicht, als ehrlicher Makler im Nahostkonflikt zu agieren oder als solcher von den beteiligten Akteuren anerkannt zu werden. Ägyptens gescheiterte Diplomatie insbesondere in Bezug auf den Gazastreifen und die Hamas kann als Symptom dessen verstanden werden. Trotz des unter seiner Vermittlung ausgehandelten Waffenstillstandes zwischen Israel und der Hamas vom Juni 2006 kam es sechs Monate später zum Gazakrieg. Auch gegenwärtig herrscht, trotz ägyptischer Bemühungen, kein Waffenstillstand, sondern lediglich Waffenruhe. Seit der Blockade des Gazastreifens 2008 ist das ägyptische Regime seitens der Muslimbruderschaft, die vehement die Öffnung der ägyptischen Grenze zum Gazastreifen forderte, zunehmend unter Druck geraten. Dieser wird insbesondere dadurch erhöht, dass sich die Muslimbruderschaft als Mutterorganisation der Hamas begreift und während des Gazakrieges mit Slogans wie „Wir sind alle Hamas“ mobilisierte (FAZ, 31.12.2008). Jeglicher Machtzugewinn der Hamas bedeutet somit eine Stärkung des Rückhalts der Muslimbruderschaft in der ägyptischen Bevölkerung und stellt für das ägyptische Regime folglich eine Bedrohung dar. Dementsprechend kann Ägypten – zusätzlich zu der Einschränkung seiner außenpolitischen Spielräume durch seine Bindung an die proisraelische Politik der USA – insbesondere der Hamas gegenüber nur ein begrenzt neutraler Makler sein. Das Vertrauen, das ihm die Hamas bei seinen Vermittlungsbemühungen entgegenbringt, und die Erfolge dieser Bemühungen fallen dementsprechend gering aus.

3. Israelisch-arabische Beziehungen

Der ägyptisch-israelische Separatfrieden hatte tiefgreifende Folgen für das arabische Staatensystem, die sich trotz der militärisch deeskalierenden Wirkung von Camp David – danach kam es zu keinem weiteren großen israelisch-arabischen Krieg mehr und 1994 schloss auch Jordanien mit Israel Frieden – negativ auf die Entwicklung eines israelisch-arabischen Friedens auswirkten.

Mit dem Ausscheren Ägyptens aus dem arabischen Kräftedreieck zersplitterte die geeinte arabische Front gegen Israel und nationale Eigeninteressen gewannen die Oberhand. Dies verhinderte die Entstehung einer neuen Allianz von Staaten, die imstande gewesen wäre, einen gesamtarabischen Zusammenhalt herbeizu-

führen, und ließ das arabische Staatensystem fragmentiert zurück. Dadurch erhöhte sich dessen Anfälligkeit für die gleichzeitig an seiner Peripherie freigesetzten revisionistischen Kräfte Israels und Irans (Hinnebusch/Ehteshami 2002). Während die iranische Revolution von 1979 und Irans Bestrebungen, diese zu exportieren, eine Bedrohung für dessen arabischen Nachbarstaaten darstellten, nutzte Israels revisionistische Likud-Regierung 1982 zum einen die militärisch freie Südwestflanke, die ihr der Friedensvertrag von Camp David mit Ägypten bescherte, zum anderen Iraks Verstrickung in dessen Krieg mit Iran und somit dessen Entfernung aus dem israelisch-arabischen Machtgleichgewicht zur Invasion des Libanon. Ziel war, die PLO im Libanon zu zerschlagen, Syrien aus dem Libanon zu drängen und einen Satellitenstaat zu errichten, um so Israels Position gegenüber Syrien maßgeblich zu stärken.

Im Kontext der Bedrohung durch Iran schlossen sich die moderaten, prowestlichen Staaten Ägypten, Saudi-Arabien und Irak zusammen. Gleichzeitig bildete sich, geeint durch eine kompromisslose Position gegenüber Israel, ein Lager „aufrechter Frontstaaten“, an dessen Spitze sich Syrien positionierte. Syrien, das durch den Verlust Ägyptens für das arabisch-israelische Machtgleichgewicht Israel gegenüber militärisch erheblich geschwächt war, kompensierte diesen Verlust fortan durch eine Allianz mit Iran.

Der israelisch-ägyptische Separatfrieden hat somit die Entstehung des Lagers der „aufrechten Frontstaaten“ begünstigt, die aus ihrer kompromisslosen Haltung gegenüber Israel maßgebliches ideologisches Kapital schlagen und ihren Rückhalt in der Bevölkerung stärken konnten. Dementsprechend erscheint es für diese Staaten wenig attraktiv, von ihrer Position abzuweichen (Beck 2007). Syriens Allianz mit Iran konstituiert zwar einerseits eine Machtbalance im Konflikt mit Israel, stellt andererseits jedoch insofern einen destabilisierenden Faktor dar, als Iran Mitsprache in zentralen innerarabischen Angelegenheiten erlangt. Durch seine Unterstützung der Hizbollah und der Hamas schürt Iran den israelisch-arabischen Kernkonflikt. Durch seine mit Syrien konzertierte Provokation des gemäßigten prowestlichen Lagers, erhöht es außerdem die innerarabischen Spannungen.

Der Gazakrieg hat diese Spannungen um einen arabischen Konsens in Bezug auf den israelisch-arabischen Konflikt erneut zu Tage gebracht

und verstärkt. Insbesondere das Gipfeltreffen der Arabischen Liga von Doha im Januar 2009 hat dies vor Augen geführt. Lediglich 13 der 22 Mitgliedsstaaten waren erschienen. Um die gleichzeitigen ägyptischen Waffenstillstandsbestrebungen nicht zu gefährden, nahmen Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien nicht teil. Syrien und Iran riefen indes dazu auf, den Friedensplan der Arabischen Liga von 2002 zu suspendieren. Der Friedensplan bietet Israel, im Austausch für dessen Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten, die Sicherheit seiner Grenzen und die Normalisierung seiner Beziehungen zu allen Staaten der Arabischen Liga. Im Falle einer Suspendierung der Friedensinitiative sänke die Chance auf einen israelisch-arabischen, aber auch auf einen israelisch-palästinensischen Frieden erheblich, da die Zweistaatenlösung nur mit Billigung aller Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga Aussicht auf dauerhaften Erfolg hätte (FAZ, 19.01.2009).

4. Israelisch-palästinensische Beziehungen

4.1. Ausschluss der PLO von Camp David

Camp David schloss die PLO, die laut Beschluss der Arabischen Liga einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes, von den darin anvisierten Verhandlungen zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes aus. Dies war Ausdruck der israelischen Bestrebung, den Konflikt an der PLO vorbei zu bearbeiten (Beck 2002).³ Der arabisch-palästinensischen Seite galt dies als ägyptischer Verrat an der palästinensischen und der gesamten arabischen Nation.

4.2. Die Krise des palästinensischen Nationalismus

Bereits das ägyptisch-israelische Truppenentflechtungsabkommen Sinai II von 1975, das Ägyptens militärische Präsenz auf dem Sinai deutlich verringerte und die arabisch-palästinensische Verhandlungsposition somit massiv schwächte, kündigte Sadats Alleingang und seine Abkehr von Syrien und der PLO an. Unmittelbare Folge war der Ausbruch eines militärischen „Showdown“

zwischen maronitischen Christen und einer Allianz aus der PLO und radikalen muslimischen Libanesen, der zum Ausbruch des libanesischen Bürgerkrieges führte. Während die PLO, ernüchert darüber, ihre Ziele auf friedlichem Wege nicht erreichen zu können, Israel im Südlibanon militärisch herausfordern wollte, stellte dies für die maronitischen Christen eine Bedrohung für die Souveränität des libanesischen Staates dar (Hinnebusch/Ehteshami 2002).

Der ägyptisch-israelische Separatfrieden und die damit verbundene Abkehr Ägyptens von der PLO verstärkte somit die palästinensische Forderung nach einem eigenen Staat und die Bereitschaft, zu militärischen Mitteln zu greifen. Gleichzeitig ermöglichte Camp David Israel, die PLO 1982 aus dem Libanon zu vertreiben, was diese politisch erheblich schwächte und ihrer militärischen Option beraubte. Dies löste sowohl eine schwere *strukturelle* Krise des palästinensischen Nationalismus, dessen zentrales Organ, die PLO, nun stark geschwächt war, als auch eine *ideelle* Krise des palästinensischen Nationalismus aus. Dieser bestand aus zwei Hauptelementen: erstens, der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates im gesamten ehemaligen Mandatsgebiet Palästina und, zweitens, dem bewaffneten Kampf gegen Israel, um dieses Gebiet zu befreien. Die PLO, die diesen Nationalismus maßgeblich geprägt hatte, ging allerdings bereits in den 1970er Jahren hinsichtlich des ersten Aspektes einen Kompromiss ein, indem sie sich zur „Ministaatslösung“ und somit zur Errichtung eines palästinensischen Staates lediglich im Westjordanland und Gazastreifen mit Ostjerusalem als Hauptstadt bereit erklärte. Durch den Verlust der militärischen Option wurde 1982 auch der zweite Bestandteil des Nationalismus, der bewaffnete Kampf gegen Israel, obsolet.⁴

Im Kontext dieser Krise änderte sich der palästinensische nationalistische Diskurs außerhalb der institutionellen Kanäle der PLO. Es kam zu seiner Islamisierung, ursprünglich ausgelöst von islamistischen Elementen, die, von ägyptischen Jihad-Gruppen und der iranischen Revolution inspiriert, den sofortigen bewaffneten Kampf gegen Israel forderten. Schon vor dem Ausbruch der ersten Intifada 1987 bestanden mehrere militante islamistische Gruppen in den besetzten Gebieten. Die

³ Statt ihrer sollte insbesondere Jordanien als Verhandlungspartner gewonnen werden. Israel lehnte die PLO als terroristische Organisation ab, die sein Existenzrecht nicht anerkannte.

⁴ Als obsolet erschien die militärische Option für die Fatah unter Führung Arafats. Diese Sichtweise wurde allerdings nicht von allen Teilen der PLO geteilt.

prominenteste Gruppierung unter ihnen war der Islamische Jihad. Doch auch die palästinensische Muslimbruderschaft, die sich als unpolitische, der sozialen und religiösen Arbeit verpflichtete Organisation ursprünglich gegen den bewaffneten Kampf gegen Israel ausgesprochen hatte, gab nach 1982 sukzessive dem Druck insbesondere ihrer jungen Mitglieder nach, die eine steigende Bereitschaft zur Gewalt gegen Israel zeigten. Sie betrachtete dies im Hinblick auf die Krise der PLO insbesondere als Gelegenheit, um zu einer *politischen* Alternative zur PLO zu avancieren. So begann ihr Führer, Ahmad Yassin, 1983 mit der Verteilung von Waffen an ausgewählte Agenten und gründete 1986 den „Geheimen Apparat“ der Muslimbruderschaft. Im Laufe der ersten Intifada entstand aus der Muslimbruderschaft heraus eine Bewegung, die unter dem Namen Hamas bekannt wurde. Sie entwickelte sich schnell zur stärksten Opposition zur PLO. Letzterer gelang es, die Führung der Intifada zu übernehmen und sich darüber politisch zu rehabilitieren (Mishal/Avraham 2006).

Zu einer Zeit, in der sich die PLO scheinbar von den Hauptbestandteilen des von ihr selbst entworfenen palästinensischen Nationalismus verabschiedet hatte – dem bewaffneten Kampf gegen Israel mit dem Ziel, einen unabhängigen Staat im gesamten ehemaligen Mandatsgebiet zu schaffen –, erwuchs die Stärke der Hamas vor allem daraus, dass sie sich in erster Linie als *politische*, nicht als *ideologische* Alternative zur PLO präsentierte, die genau diese nationalistischen Elemente wieder aufgriff. Die Verknüpfung dieser Elemente mit islamistischer Ideologie bedeutete für die Hamas einen zusätzlichen Gewinn an Stärke,⁵ da ihr Nationalismus – im Gegensatz zum Nationalismus der PLO, der keine ausgeprägt islamische Komponente aufwies – somit religiös sanktioniert war und an Glaubwürdigkeit gewann.

Camp David hat dementsprechend zur Entstehung einer Krise des palästinensischen Nationalismus beigetragen, der zu dessen darauf folgender Islamisierung und zum Erstarken islamistischer Gruppierungen, insbesondere der Hamas, geführt hat. Seitdem besteht eine Konkurrenz zwischen der Hamas und der Mehrheitsfraktion der PLO, der Fatah, bezüglich des Agenda-Setting

der palästinensischen nationalistischen Bewegung, die zu einem klassischen Machtkampf avanciert ist. Seit dem Putsch der Hamas im Gazastreifen 2007 hat dieser ein neues Ausmaß erreicht. Angesichts dieser Diskrepanzen bleibt fraglich, ob die gegenwärtigen Anstrengungen zur Bildung einer Einheitsregierung aus Fatah und Hamas zu einer dauerhaften Beilegung des innerpalästinensischen Konfliktes führen werden (ICG 2008).

4.3. Ideologische Aufladung des Konfliktes

Etwa gleichzeitig mit der Islamisierung des palästinensischen nationalistischen Diskurses konnte auch in Israel beobachtet werden, dass Israelis sich zunehmend auf ihre jüdische Identität – im Sinne einer nationalen, nicht religiösen Identität – zurückzogen. Unter anderem war dies eine Reaktion auf den islamisierten palästinensischen Nationalismus, der seinen Konflikt mit Israel an dessen jüdische Identität koppelte. Der territoriale Herrschaftskonflikt zwischen Israel und den Palästinensern wurde zu einem Konflikt über Identitäten und lädt sich somit zunehmend ideologisch auf (vgl. Liebman 1990). Vornehmlich seit dem Wahlsieg der Hamas im Gazastreifen von 2006 hat sich die Lage zugespitzt. Vereinzelt haben zwar Führungsmitglieder der Hamas seit dem Jahre 2006 Abstand von der Ablehnung der Zweistaatenlösung genommen und Israel somit implizit ein Existenzrecht eingeräumt, als gesamte Organisation hat die Hamas das Existenzrecht Israels in den Grenzen von 1949 allerdings bisher nicht anerkannt. Deren Herrschaft im Gazastreifen schürt in der israelischen Bevölkerung somit die Bedrohungswahrnehmung und die ideologische Aufladung des Konfliktes. Ein israelisch-palästinensischer Frieden scheint dadurch in immer weitere Ferne gerückt. Der Gazakrieg und die israelischen Parlamentswahlen vom 10. Februar, die eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten des rechten Spektrums gezeigt haben, scheinen dies zu bestätigen.

⁵ Palästinensischer Nationalismus wird hier islamisch uminterpretiert: Zum Beispiel wird der Kampf der Palästinenser gegen Israel zum islamischen Jihad.

5. Zusammenfassung

Der Friedensvertrag von Camp David hat zwar zu einem stabilen Frieden zwischen Ägypten und Israel geführt, der israelisch-arabische und der israelisch-palästinensische Frieden scheinen jedoch erschwert. Auf der arabischen Seite stehen Israel die „aufrechten Frontstaaten“ – allen voran Syrien – gegenüber, auf der palästinensischen Seite die Hamas, die Israels Existenzrecht bisher nicht offiziell anerkannt hat. Der Gazakrieg, die erhöhten innerarabischen Spannungen bezüglich der Lösung des Nahostkonfliktes und der Rechtsruck bei den israelischen Parlamentswahlen dieses Jahres lassen darauf schließen, dass sich die Fronten verhärten haben. Ägyptens Vermittlungsversuche erscheinen indes nur wenig vielversprechend. Aufgrund der durch Camp David etablierten Bindung Ägyptens an die proisraelische Politik der USA wird Ägypten von der arabisch-palästinensischen Seite kaum als neutraler Makler akzeptiert. Insbesondere die Hamas steht diesen Vermittlungsversuchen skeptisch gegenüber. Da jeder Machtzugewinn ihrerseits mit steigendem innenpolitischen Druck auf das Regime in Kairo seitens der oppositionellen Muslimbruderschaft verbunden ist, gilt ihr das ägyptische Regime als voreingenommen. Eine dauerhafte Regelung des Nahostkonfliktes scheint in immer weitere Ferne gerückt.

Literatur

- Beck, Martin (2002): Friedensprozeß im Nahen Osten. Rationalität, Kooperation und politische Rente im Vorderen Orient, Wiesbaden.
- Fürtig, Henner (1993): Der islamische Faktor in der gegenwärtigen Innenpolitik Ägyptens, in: asien afrika lateinamerika, Jg. 21, Nr. 3, S. 223 ff.
- Hermann, Rainer (2008): Mitleid mit den Palästinensern und Furcht vor der Hamas. Das ägyptische Dilemma, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 31. Dezember, S. 2.
- Hermann, Rainer (2009): Von schlecht zu noch schlechter. Der Gaza-Krieg verstärkt die innerarabischen Spannungen, in: FAZ, 19. Januar, S. 6.
- Hinnebusch, Raymond/Ehteshami, Anoushiravan (Hg.) (2002): The Foreign Policies of Middle East States, London.
- ICG (International Crisis Group) (2008): Palestine Divided, Middle East Briefing, Nr. 25, in: www.crisisgroup.org.
- Krämer, Gudrun (1986): Ägypten unter Mubarak. Identität und Nationales Interesse, Baden-Baden.
- Liebman, Charles (Hg.) (1990): Religious and Secular. Conflict and Accommodation between Jews in Israel, Jerusalem.
- Mishal, Shaul/Sela, Avraham (2006): The Palestinian Hamas. Vision, Violence and Coexistence, New York.
- Springborg, Robert (1989): Mubarak's Egypt. Fragmentation of the Political Order, London.

■ Die Autorin

Annette Büchs M.A. (SOAS) ist Doktorandin im Fach Geschichtswissenschaft an der Universität Hamburg und am GIGA.

E-Mail: buechs@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/buechs>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Der Nahostkonflikt sowie die internen Entwicklungen in Palästina und Israel gehören zu den Hauptthemen des IMES. Gleichzeitig werden Fragen der regionalen Politik im Nahen Osten in vergleichender Perspektive im GIGA-Forschungsschwerpunkt 2 „Gewaltdynamiken und Sicherheitskooperation“ vertiefend analysiert, insbesondere in der Arbeitsgruppe „Regionale Führungsmächte“.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Martin Beck (2007): Vierzig Jahre Sechstagekrieg. Strukturelle Prägekraft für den Nahen Osten, GIGA Focus Nahost, Nr. 6.

Martin Beck (2009): Nahostpolitiker wider Willen? Der israelisch-palästinensische Konflikt als Herausforderung für Barack Obama, GIGA Focus Nahost, Nr. 2.

Henner Fürtig (2007): Verfassungsreferendum in Ägypten. Meilenstein oder Mogelpackung?, GIGA Focus Nahost, Nr. 3.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative Commons-Lizenz Attribution No-Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Martin Beck; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler; Lektorat: Vera Rathje
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM